

Die Informationsfreiheit beginnt bei der Freiheit der Autorinnen

Nina George, Schriftstellerin. Präsidentin des EWC (European Writers' Council)

Sehr geehrte Frau Staatsministerin, sehr geehrte Präsidentin Meerapfel,
werte Abgeordnete, Senatoren und Honorationen, dear Angelique,
liebe Menschen: guten Morgen.

Wer dem European Writers' Council, der Föderation von 41
europäischen und nichteuropäischen SchriftstellerInnen-Verbänden aller
Genres, deren 160.000 Mitglieder in 31 Sprachen veröffentlichen,
ehrenamtlich vorsteht, die spricht nicht mehr für ihr Land.

Sie spricht für Europa im Sinn und mit der Welt im Blick.

Das ist mir grundsätzlich nicht unangenehm, auf dem Polit-Parkett haben
Deutsche den Ruf, besserwisserisch zu sein, dazu kommt dieser
merkwürdige Fetisch der Pünktlichkeit, und die verblüffende
Abwesenheit von Selbstironie.

Als Vorsitzende dieser Föderation diverser Rechts- und Kulturtraditionen,
muss ich mich auf alle Nebenwirkungen dieser Diversität einlassen.

Verschiedene Werte-Heimaten. Andere Sicht auf Gender, Sexualität,
Religion, unterschiedliche Empfindungen von Gleichheit und Ungleich-
heit. Umarmung oder Ablehnung anderer Ethnien, auch das spiegelt in
Kulturmärkte zurück; andere Bildungsnöte und -ziele. Komplexe,
konfliktbeladene staatliche Budgets. Virile oder komatöse Kultur-Märkte,
mal mit, mal ohne Monopole. Viele mit, manche ohne Verwertungs-
gesellschaften, mal mit Urheberrechtsschranken, mal mit Lizenzen. Mal
mit gesellschaftlich innig verankerter Achtung vor Kultur und ihren
Berufskünstlerinnen wie in Frankreich, Dänemark oder Norwegen, mal
eher wie in Deutschland.

7. Urheberrechts-Konferenz 11. November 2019



Wenn ich Europas Schriftstellerinnen bei der WIPO vertrete, und Europa nur als Teil der Welt betrachte, wenngleich auch mit, gerade das Urheberrecht betreffend, den meinungsstärksten Ländern, nämlich Frankreich und Deutschland – trotzdem sollte ich die Gründe für die Ansichten der Malawischen, Bangladeshi oder US-Autorinnen kennen, bevor ich sie mit der paternalistischen Besserwisserhaltung aus dem preußischen Selbstverständnis zwangsbeglücke. Ein Blogger in Bangladesch fürchtet sich davor, für Regierungskritik mit der Machete zerhackt zu werden, und nicht vor Googles Rache, wegen illegaler Massendistribution von nicht lizenzierten Hörbüchern reguliert zu werden. Ein Autor in Malawi stellt sich die Frage, ob er, zugunsten der finanziellen Lage seines Landes, auf Bibliothekstantiemern verzichtet, und damit seine Arbeit unbezahlt für den Bildungsauftrag zur Verfügung stellt. Davor müssen sich Bibliotheken in Tansania nicht fürchten: die Aktion Research4Life von STM-Verlagen wie Springer, Wiley und Elsevier, stellt Lehrmaterial digital gebührenfrei zur Verfügung. Es ist hilfreich zu wissen, dass das Geld kostet, und wer, anstelle des Staates, diese Offensive finanziert – unter anderem die WHO und die WIPO. Bildung und Wissen muss frei zugänglich, kann aber nicht kostenfrei sein. Wer in Europa damit liebäugelt, Artikel 5 der DSM-Directive zu implementieren, ohne finanzielles Back-up und Vergütungspflicht, darf dazu nach Polen hinübersehen, wo zum sogenannten „Wohl der Bildungsinstitutionen“ Schranken ohne Vergütungspflicht dafür gesorgt haben, dass die Schul- und Fachbuch-Verlagsszene einen Verlust von 200 Millionen Euro verzeichnet. Qualitativ hochwertige, vor allem: unabhängige Bildung, ist damit nicht zu erarbeiten. Ähnlich in Kanada: Schulbuch-Verlage ziehen sich von dem ausgewrungenem Markt zurück, Schulen können das nationale Curriculum kaum mehr bedienen.

7. Urheberrechts-Konferenz 11. November 2019



Es ist gut zu wissen, wie andere Grenzen „über“-denken, um sich etwa den Herausforderungen der praktischen Umsetzung von Artikel 17 anzunehmen. Die 12 Staaten übergreifende Arbeitsgruppe zur digitalen Lizenzierung, 'ISCC Codes' etwa, die sich mit a) der Identifikation von Kulturwerken via Blockchain beschäftigt, b) wie dies die Anonymisierung der User garantiert, und c) Smart Licences entwickelt, wo micro payment zwischen RechteinhaberIn und Digitalkunde stattfinden kann. Andere Staaten dienen als Labor für Artikel 12, wie Dänemark oder Finnland. Verwertungsgesellschaften tauschen sich bei der IFRRO über bilaterale Abläufe aus. Weltweites Rechtemanagement ist unser Alltag; es gehört sowieso zur DNA der Kulturbranche, grenzenlos zu denken.

Europa im Sinn, die Welt im Blick. Ich möchte Sie, als politische Entscheiderinnen, ebenfalls ermutigen, Ihren Blick zu heben. Weg von Berlin, weg von Deutschland. Wir sind, unverschämterweise, finden manche, nämlich nicht der Nabel der Welt.

Die Fragen zum Umgang mit geistigem Eigentum und Urheberinnen, mit kulturellen Leistungen, mit Lehrinhalten, mit Unterhaltung, identitätsstiftender Kunst oder Folklore, Objekten des kulturellen Erbes, Datensammlungen, Software, Blockchain oder Künstlicher Intelligenz, haben durch die digitale Evolution ihren nationalen Rahmen längst gesprengt. Auch deswegen haben sich, seit den ersten Konsultationen zur Directive 2014, nationale, europäische und internationale Föderationen von Urheberinnen und Urhebern aller Branchen zusammen geschlossen, um Austausch zu organisieren, Konsens herzustellen, und mit einer Stimme zu sprechen. Kapitel der 3 der Richtlinie etwa ist für Deutschland Standard, und dennoch ein großer Akt europäischer Solidarität, von der Künstler in Länder profitieren werden,

7. Urheberrechts-Konferenz 11. November 2019



in denen das Recht auf Vergütung, Transparenz oder Rechterückruf bisher nicht mal vorkamen.

Diese über Jahre konzentrierte Einigkeit der Einzelgänger, über nationale und kulturelle Unterschiede hinweg, sollte ein nicht misszuverstehendes Signal sein. Diese Zusammenarbeit, sowie die täglichen und mitunter nächtlichen Aktionen hatte zur Folge, dass, gegen teils überhitzte Widerstände einiger internationaler Plattformen, die „EU-Urheberrechtsrichtlinie der Urheber“ verabschiedet wurde.

Es ist uns ernst. Wenn dieser errungene Konsens jeweils national realisiert wird, wird Europa auch für die Urheberinnen in Malawi, Kanada oder den USA Bezugspunkt sein. Douglas Preston, Präsident der amerikanischen Authors' Guild, schrieb mir nach dem Entscheid für die DSM: „Europe is ahead of us in important protections for authors.“
Verwässern Sie das nicht im nationalen Kleinklein.

Das Internet von vor zwanzig Jahren existiert nicht mehr. In zwanzig Jahren wird wiederum das Internet von heute nicht mehr existieren. Davor muss man keine Angst haben, es passiert sowieso.

Datenflüsse, Datenspeicherung; Benutzung von Kulturwerken, von Geräten; das Netzwerk des Internet of Things, Künstliche Intelligenz: all das wird sich vermehren und uns neben Eigentums-Fragen mit weiteren Katastrophenchancen konfrontieren: Arbeitsplatzverluste, Klima- und Ressourcenfragen, ethische Dilemma; selbstfahrende Autos und wem die ausweichen sollen und wem nicht, oder die Datenauswertung von Krankenversicherten durch eine KI zum Wohle der Allgemeinheit – auch gegen das Verfügungsrecht der Versicherten und im Angesicht einer Partei, die sich auffällig gestrig dafür interessiert, an genetische Datenbanken zu kommen. Das sind nur zwei Beispiele, wie uns die

7. Urheberrechts-Konferenz 11. November 2019



Digitalisierung abverlangt, unsere Prinzipien, und die Rechte, die wir zuteilen oder entziehen, zu überprüfen.

– Europa im Sinn, die Welt im Blick.

Wir stehen wirtschaftlich, rechtlich, ethisch, technisch und kulturell vor der Herausforderung, dem grenzenlosen, globalem Umgang mit *intellectual property*, mit weltweit einsetzbaren Lösungen zu begegnen.

Das beginnt bei der Frage, wer diese Lösungen administriert, ob Verwertungsgesellschaften – und wie fördert man die?, oder jeder allein, und wenn ja: wie?, das geht weiter über die Frage nach dem Wert, den Sie Kultur und Wissen zuordnen.

Freie Information, freie Kultur und freie Bildung, zeichnet sich nicht in erster Linie durch kostenfreien Zugang aus. Sie zeichnet sich dadurch aus, dass die Quellen von Information, von Kultur und Bildung, frei sind, zu schaffen, zu recherchieren, zu träumen, zu kritisieren. Diese Freiheit beruht auf Demokratie, auf Gerechtigkeit – und auf Vergütung.

Wir entscheiden heute, in welcher Gesellschaft wir morgen leben wollen. Wir sind nicht allein, niemand von uns, jede einzelne Tat, jeder Einkauf, jeder illegale Download, summiert sich zu seinem Wir.

Persönliche Bequemlichkeit erscheint als cool, aber, mal unter uns: das überleben wir als Gemeinschaft nicht. Das haben wir mittlerweile beim Billigschnitzel verstanden; das nächste Level wären Klima, Tempolimits und ein beherzter Aufstand gegen unverhohlenen Hass auf das Fremde. Es ist an uns, eine Haltung zu finden, wie wir mit Leistungen des menschlichen Geistes umgehen wollen. Ob wir die Freiheit der Urheberinnen und Urheber fördern, oder ihre Abhängigkeit; ob wir künftig nur von einkommensstarken, weißen Eliten mit Information, Wissen und Literatur versorgt werden wollen, oder ob wir die Diversität und Freiheit der Kultur demonstrativ stärken. Wie immer Sie sich entscheiden: in dieser Welt werden wir alle leben. – Mögen die Debatten beginnen.